



Neue Zürcher Zeitung

archiv.nzz.ch

Das Zeitungsarchiv der NZZ seit 1780

Herzlich willkommen im NZZ Archiv

Die von Ihnen bestellte Seite aus dem NZZ Archiv im PDF-Format:

Neue Zürcher Zeitung vom 17.11.2014 Seite 15

NZZ_20141117_15.pdf

Nutzungsbedingungen und Datenschutzerklärung:
archiv.nzz.ch/agb

Antworten auf häufig gestellte Fragen:
archiv.nzz.ch/faq

Kontakt:
leserservice@nzz.ch

Wenn über die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative diskutiert wird, steht eine Lösung mit der EU, also die aussenpolitische Dimension, im Vordergrund – innenpolitische Aspekte hingegen werden bloss am Rande als begleitende Massnahmen erwähnt. Auch wenn es nun gilt, mögliche Verhandlungsspielräume mit der EU auszuloten, so lässt doch die Fixiertheit auf Brüssel und Bilaterale vergessen, dass die innenpolitische Seite eine ebensolche Herausforderung darstellt. Denn wer der Initiative zugestimmt hat, tat dies weniger aus aussen- denn aus innenpolitischen Gründen. Es mutet daher seltsam an, dass die eigentliche Kernfrage praktisch ausgeblendet bleibt: Mit welchen Massnahmen können wir die Einwanderung im Inland steuern, welche Instrumente bieten sich hier an, und wie können diese auch EU-kompatibel umgesetzt werden?

Vom Bundesrat und von den Parteien ist nur Unverbindliches zu hören. Man redet vom Potenzial, das es zu nutzen gelte, und appelliert vage an den Goodwill der Wirtschaft, ohne präzise Vorschläge zu liefern. Dabei geht es hier um ebenso fundamentale Fragen wie in der Aussenpolitik, nämlich um das Verhältnis von Familie und Arbeit, um die Generationenpolitik und damit die Zukunft der Sozialwerke, um die Ausbildung, um die Raum- und Infrastrukturplanung, kurz: Es geht darum, ob dieses Land fit sein wird für die Zukunft in einer globalisierten Welt, in der nicht einfach die Erfahrungen der letzten 150 Jahre fortgeschrieben werden können. Die Einwanderung wird in allen diesen Bereichen als Problem thematisiert. Aber die Migration ist eine Art Phantomschmerz, sie steht für die fehlenden Reformen. Überall, wo es die Gesellschaft zwick und kneift, und das sind einige Stellen, muss die Migration herhalten als wohlfeile Erklärung.

Weil wir unsere Hausaufgaben nicht gemacht haben, wird die Migration zum Problem. Und wir machen sie nicht, weil es sich um schwierige Fragen handelt. Wie viel einfacher ist es doch, Migranten verantwortlich zu machen, statt die hausgemachten Probleme anzupacken. Aber solange dies so bleibt, droht eine Migrationsdebatte nach der anderen, ohne doch je Aussicht auf eine befriedigende Antwort zu bieten. Eine verheerende Diagnose für eine Gesellschaft, die das grosse Potenzial, das sie sich um das 19. und 20. Jahrhundert herum aufgebaut hat, für das 21. nutzen und den neuen Entwicklungen anpassen sollte.

Nach einer langen Erfolgsgeschichte ist es für die Schweiz offensichtlich schwierig, sich darauf einzustellen, dass sich die Rahmenbedingungen verändert haben. Europäisierung, Globalisierung und eine Entwicklung, die mit Tertialisierung, Digitalisierung, Informations- oder auch Wissensgesellschaft umschrieben wird, auf jeden Fall aber auf neue Produktions-, Distributions- und Konsumformen abhebt, stehen als Stichworte für eine ganze Reihe von Veränderungen, welche die Gesellschaft radikal umbauen. Die Auswirkungen spüren wir in der Politik,

Kantone und Bund machen seit Jahrzehnten eine traurige Figur, was die Besteuerung von Familien betrifft.

der Wirtschaft, aber auch im Alltag, man denke etwa an die Zahl gemischt-nationaler Heiraten, die fast die Hälfte aller Eheschliessungen ausmachen. Unabhängig davon, was die Verhandlungen mit der EU bringen, gilt es Entscheidungen zu fällen, die eine starke Rolle der Schweiz auch im neuen Umfeld ermöglichen. Ich skizziere vier Bereiche: Nutzung des vorhandenen Potenzials, Geschlechterrollen und Familienbilder, Bildung und Forschung und schliesslich Fragen der Raumplanung.

Viele der Migrantinnen und Migranten, die in der Schweiz leben, verfügen über eine gute bis ausgezeichnete Ausbildung. Aber diese wird in vielen Fällen nicht genutzt, weil die Menschen aus Ländern stammen, deren Fähigkeitszeugnisse nicht anerkannt werden. Und so sind viele in Berufen tätig, für die sie überqualifiziert sind, während gleichzeitig neue Arbeitskräfte aus Ländern geholt werden, deren Ausweise man anerkennt. Es wäre einfach, ein System zu schaffen, das nicht einfach anerkennt oder ablehnt, sondern definiert, was man noch an Wissen erwerben müsste, um sein berufliches Potenzial nutzen zu können. Dazu gehören sinnvolle Regelungen für die Anerkennung von Diplomen und Angebote, fehlende Qualifikationen ergänzen zu können, verbunden mit einem Finanzierungssystem für die meist erwachsenen Personen.

Das gilt auch für viele Menschen, die als Erwachsene ins Land kommen und hier sehr wohl eine Berufslehre absolvieren könnten, gäbe es denn entsprechende Beratung, Unterstützung und Angebote. Jede siebte Person im erwerbsfähigen Alter, das sind rund 600 000 Personen, unter ihnen viele Migrantinnen und Migranten, hat keine Lehre oder

Mittelschule absolviert. Um dieses Potenzial zu nutzen, müssten Politik und Wirtschaft, Bund und Kantone enger zusammenarbeiten. Es gibt zwar in einigen Branchen Angebote, die aber in jedem Kanton anders geregelt, schwer zu überblicken und daher kaum bekannt sind. Wie viel einfacher ist es doch, ein Stelleninserat zu schalten und jemanden aus einem Land mit anerkanntem Leistungsausweis zu holen. Zu diesen Massnahmen gehören auch solche zur schnelleren Integration von Flüchtlingen, vorläufig aufgenommenen Personen und Sans Papiers der zweiten Generation, damit diese möglichst früh und vollständig in den Arbeitsprozess und in die Gesellschaft integriert werden können.

Der zweite Bereich betrifft alles, was mit dem Verhältnis von Geschlecht, Familie und Erwerbsleben zu tun hat. Wir sind bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein Entwicklungsland, vielleicht müsste man aber eher von Schlaraffenland reden. Alle dürfen alles lernen, tun müssen sie nachher nichts. Nein, sie werden steuerlich sogar bestraft, wenn sie zu viel arbeiten. 50 000 Frauen mit Hochschulabschluss oder höherer Berufsbildung sind daher Hausfrauen, Hunderttausende arbeiten Teilzeit. Wir ermöglichen vielen Menschen ein erstklassiges Studium oder eine tolle Ausbildung, die nie an einer adäquaten Stelle genutzt werden.

Kantone und Bund machen seit Jahrzehnten eine traurige Figur, was die Besteuerung von Familien betrifft. Es braucht auf beiden Ebenen eine Steuerpolitik, die Familien nicht bestraft, sondern Anreize setzt. Es braucht die Bereitstellung der nötigen Infrastrukturen zu vernünftigen Preisen für eine möglichst optimale Situation für Arbeitnehmende mit Familie. Es braucht Anreize für Firmen, die sich hier engagieren. Angesichts der drohenden Lücken auf dem Arbeitsmarkt gilt es zudem, ältere Personen im Erwerbsprozess zu halten.

In all diesen Fällen auf eine Selbstregulierung der Wirtschaft zu hoffen, widerspräche marktwirtschaftlichen Prinzipien. Deshalb sind die netten Broschüren und zaghaften Massnahmen weitgehend erfolglos. Wieso soll ein Unternehmen hier lebende Ausländer, Frauen und Ältere fördern, wenn ihm einfachere und häufig billigere Alternativen geboten werden? Ohne eine Anpassung der Rahmenbedingungen wird sich nichts ändern. Wir benötigen eine Steuergesetzgebung, die Arbeit attraktiv macht und die Ansiedlung neuer Firmen nach gesellschaftlichen Interessen steuert.

Wir haben nicht nur die beste Armee, sondern auch das beste Bildungssystem der Welt, eine der Erregenschaften fortschrittlichen Denkens im 18. und 19. Jahrhundert. Aber der Reformbedarf (und damit sind nicht die Bürokratisierungen und Stoffaufschichtung gemeint, die momentan alle Stufen von Kindergarten bis Universität verstopfen) ist gewaltig. Warum bloss kann in diesem Land der gutbezahlten Pädagogen und Dauerbildungs-«Reformen» jeder Sechste so schlecht lesen, dass er vielen Alltagsanforderungen nicht gewachsen ist? Welche Instanz zwischen Gemeinden und Bund ist zuständig, dieses Defizit zu beheben? Denn wo in unserer Arbeitswelt ist diese Kompetenz nicht von zentraler Bedeutung?

Geradezu grotesk ist der gegenwärtige Streit über Maturitätsquoten und Berufslehre. Hier kommt es zu Gegenüberstellungen, die nur aus einer vollständig antiquierten Perspektive zu erklären sind. Wir halten an Maturitätsquoten fest, die

den Bedarf nicht decken, schimpfen über die falschen Systeme im Ausland und holen doch von dort die Leute, welche diese untauglichen Ausbildungen absolviert haben, vor allem auch Kaderleute.

Die ausländischen Manager würden das hiesige Bildungssystem nicht kennen, wird argumentiert. Warum sind diese hochbezahlten Topmanager nicht in der Lage, das bessere Ausbildungssystem zu erkennen? Dieses Wissen wäre grundlegend für Führungsfunktionen. Und warum sitzen so viele ausländische Manager an den Hebeln der Schweizer Wirtschaft – ein weit höherer Anteil als in jedem anderen Land –, wenn doch unser Ausbildungssystem so unübertroffen ist?

Es wirkt absurd, eine Senkung der Maturitätsquote zu fordern und von «Akademisierungsfalle» zu schwafeln, wenn mehr als die Hälfte der Zuwanderer über eine tertiäre Ausbildung verfügt. Was hier durchscheint, ist eine antiintellektuelle Haltung, welche das Land stets geprägt hat. Hier ist man stolz auf Handwerker, Techniker und Tüftler, nicht auf Denker und Theoretiker. Das Profil der Zukunft verlangt aber eine Zusammenführung der beiden Fähigkeiten, sei das in einer Person, sei das in einem Team. Weltweit suchen hochentwickelte Länder nach Fachkräften. Praktisch überall verfügen diese über einen Fachhochschul- oder Universitätsabschluss. Das schweizerische Berufsbildungssystem misst diesem tertiären Bereich weniger Gewicht bei und eröffnet ausgezeichnete berufliche Perspektiven.

Dieses Modell ist wunderbar, hat aber auch einige Probleme, die kaum je erwähnt werden. So brechen 28 Prozent, in einzelnen Branchen fast 50 Prozent der Lehrlinge die Ausbildung ab. Was läuft hier schief? Oft ist die mangelnde Ausbildungsqualität ein Grund. Und warum erlauben immer weniger Unternehmen den Jugendlichen, die Berufsmatur neben der Lehre zu absolvieren, obwohl

Nachdenken über neue Ausbildungsanforderungen ist unabdingbar, aber mit Blick nach vorne, nicht zurück.

genau dies die notwendige Verbindung von Praxis und Theorie schaffen könnte? Warum arbeiten über 50 Prozent aller Inhaber des Eidgenössischen Fähigkeitsausweises fünf Jahre nach Lehrabschluss nicht mehr im erlernten Beruf? Funktioniert das Berufswahlssystem so schlecht? Und warum verfügen nur gerade magere 10 Prozent der Bevölkerung über eine höhere Berufsbildung, wenn diese doch das Tor zum Himmel öffnet, glaubt man den Lobgesängen der letzten Wochen?

Sind die Schweizer so dumm, dass sie nicht kapieren, was ihnen nützt, oder wäre nicht auch hier sehr viel Reformbedarf vorhanden? Die zaghaften Massnahmen und die vagen Absichtserklärungen,

die momentan erörtert werden, sind eher Trostpflasterli als Medizin.

Vor allem aber zielt die Debatte an den eigentlichen Problemen vorbei: Die Bildung der Zukunft wird eine andere sein. Sie wird anspruchsvoller werden, weil immer Menschen in Berufen tätig sind, die hohe intellektuelle Anforderungen stellen und breites Wissen voraussetzen, während immer mehr einfache Arbeiten wegrationalisiert werden. Wichtiger ist aber, dass es zunehmend darum gehen wird, Wissen fortlaufend zu erneuern, zu ergänzen, in neuen Feldern anzuwenden. Das setzt Bildungsstrategien voraus, die offener und flexibler sind und über alle Phasen des Lebens verteilt werden. Man könnte die prinzipielle Unterscheidung zwischen Berufslehre und Matura in vielen Bereichen aufheben. Auch späteren Theoretikern wird es nicht schaden, einige Jahre praktische Arbeit verrichtet zu haben, und Berufsabsolventen brauchen immer häufiger theoretisches und allgemeines Wissen. Nachdenken über neue Ausbildungsanforderungen ist unabdingbar, aber mit Blick nach vorne, nicht zurück.

Das Gleiche gilt für die Hochschul- und Forschungslandschaft. Schweizerischer Nachwuchs hat in vielen Fachgebieten kapituliert oder ist nicht bereit, zu miserablen Konditionen zehn Jahre zu arbeiten und dann in intransparenten Verfahren aussortiert zu werden, während ausserhalb der Wissenschaft attraktive Angebote warten. Werden hier keine neuen Karrierewege geschaffen, wird uns der eigene Nachwuchs ausgehen. Es ist sicherlich billig, viel zu wenige Mediziner und Forschende auszubilden, aber in wenigen Jahren werden auch die Nachbarländer einen Mangel haben. Wenn wir in der Notaufnahme liegen (in der ein grosser Fachkräftemangel herrscht) und kein Personal mehr da ist, dürfte es – im ultimativen Sinne – zu spät sein, Lösungen zu suchen.

Der Föderalismus gilt als Basis unseres Systems. Das trifft für viele Bereiche zu. Es gibt aber Themen, bei denen man mit föderalistischen Strukturen nicht weiterkommt. Bei der Armee etwa ist die Oberhoheit der Kantone doch schon einige Zeit abgeschafft, bei der Bildung tobt gegenwärtig ein Streit um Harmonisierung, der in einer Ära weltweiter Zertifizierung nur mit ungläubigem Staunen quittiert werden kann. Gescheitert ist die föderalis-

Wir haben eine Art horizontale Hochhäuser erfunden und damit die flachste Metropole der Welt geschaffen.

tische Idee aber auf jeden Fall bei der Raumplanung. Die Vorstellung, dass jede Gemeinde nach Belieben plant, kann eigentlich nur erstaunen, denn natürlich wird jede alles wollen: Wohn-, Gewerbe-, Industrie-, Konsumzonen, und von allen möglichst viel – das bringt Steuern. Sparen sollen die anderen. Als Folge davon wurde dieses Land in einer einzigen Generation mit einer unendlichen Abfolge von Einfamilienhaussiedlungen, Gewerbebezonen und Shoppingcentern zugebaut, in der kaum je mehr als zwei Stockwerke in die Höhe ragen. Wir haben damit eine Art horizontale Hochhäuser erfunden, sie raumverschwenderisch auf die grüne Wiese gelegt und damit die flachste Metropole der Welt geschaffen. Wenn wir keine sinnvolle Raumnutzungspolitik zwischen Verdichtung und Naturschutz etablieren, wird die Bevölkerung jedes weitere Wachstum und jede weitere Zuwanderung ablehnen.

Massnahmen in diesen Bereichen sind unabdingbar, aber nicht als Ersatz für die Migration, sondern als Ergänzung. Denn Einwanderung wird es weiterhin geben. Sie wird dann aber nicht mehr als Phantomschmerz für fehlende Reformen in Erscheinung treten.

Es gilt, wesentliche Elemente des Erfolgsmodells Schweiz zukunftsstauglich zu machen. Strukturell wären wir dazu ohne weiteres in der Lage, das Land ist bestens aufgestellt, doch mentalitätsmässig scheint das Gegenteil der Fall zu sein. Es gilt, ein Gesetz zur Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative auszuarbeiten, das neben den aussenpolitischen auch innenpolitische Massnahmen, die alle das Freizügigkeitsabkommen mit der EU nicht gefährden, umfasst. Der Bund muss Kantone und Wirtschaft in die Pflicht nehmen, indem er hier Rahmenbedingungen festlegt und Anreizsysteme schafft, welche die Migration steuern – eine indirekte, aber effiziente Steuerung anstelle einer bürokratischen und ineffizienten Kontingentierung.

Das ist in der Tat komplex und lässt manche zurückschrecken. Dennoch kann man die schwierige Umsetzung der Initiative auch als Chance sehen: Erfüllt die Schweiz diese Aufgabe, hat sie sich fit getrimmt für die globale Herausforderung.

Walter Leimgruber ist Professor für Kulturwissenschaft an der Universität Basel und Präsident der Eidgenössischen Kommission für Migrationsfragen.